F1

# Inhaltlicher Antrag

**Initiator*innen:** LDK (dort beschlossen am: 25.04.2026)

**Titel:** **Solidarität mit Rojava!**

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen möge beschließen und an den Landesparteitag der SPD weiterleiten.

## Antragstext

Die Demokratische Selbstverwaltung in Rojava befindet sich in einem Überlebenskampf. Es ist ein Kampf für die Frauenbefreiung, eine ökologische Staatsführung und die Errungenschaften des demokratischen Konföderalismus. Durch die neue Lage in Folge des Sturzes des Assad-Regimes im Dezember 2024, wodurch Ahmed al-Scharaa, der Anführer des Militärbündnisses "Hai'at Tahrir asch-Scham" (kurz: HTS) ist, die aus dem islamistischen und der Al-Qaida nahestehende Al-Nusra-Front entstand, an die Macht gelang, der anhaltenden Intervention des zunehmend autokratisch regierenden Türkischen Staatspräsidenten Erdogan, sowie dem durch die Ereignissen sehr wahrscheinlichen Wiederaufleben, des in der Region als besiegt geltenden Islamischen Staates, steht die Demokratische Selbstverwaltung in Rojava seit ihrer Gründung mit dem Rücken an der Wand und kämpft aktiv mit allen Mitteln gegen eine humanitäre Krise, patriarchale gewalt, sowie vor allem um ihre Existenz! Ein Zeuge dieser akuten Existenzbedrohung, sind die mehrmals gescheiterten Verhandlungen mit der "Regierung" al-Scharaa um einen Waffenfrieden und der Integration der Region in den syrischen Staat, in deren Folge al-Scharaas Truppen in das Gebiet Rojavas eindrangen und so Land, oder auch im Januar diesen Jahres die Stadt ar-Raqqa einnahmen, sowie die Stadt Kobane, die als eine der wichtigen Zentren Rojavas gilt, bis heute massivst belagern. Die Demokratische Selbstverwaltung in Rojava versteht sich selbst als eine demokratisch-konföderalistische Selbstverwaltung, die eine funktionierende direkte Demokratie bietet, in der dort allgemeingültige pluralistische Prinzipien existieren und auf eine Gleichberechtigung aller Menschen, unabhängig

von Ethnie, Religion oder Geschlecht, sowie einer ökologischen Nachhaltigkeit achtet. Außerdem werden Frauen, sowie ethnische Minderheiten mehr in die Politik und die Gesellschaft eingebunden. Sie gilt als gutes Beispiel für eine demokratisch-pluralistische Selbstverwaltung!

Die Jusos und die SPD Sachsen erklären deshalb ihre Solidarität mit den Menschen und der Selbstverwaltung in Rojava. Das bedeutet für uns nicht nur einen Solidaritätspost, sondern auch die Unterstützung von Demonstrationen, die Kooperation mit Organisationen, die sich für die Interessen Rojavas stark machen, sowie den Kampf für die Anerkennung der Selbstverwaltung in Nord- und Ostsyrien.

Hoch die internationale Solidarität!

Bijî Berxwedana Rojava!